

# Magdeburger Gartenpartei

## Politisches Programm vom 07.08.2013

(§1 Abs. (3)) Parteiengesetz

### Grundsätze und Hauptziele:

Die Magdeburger Garten Partei wünscht in keine der bekannten politischen Strömungen eingeordnet zu werden und distanziert sich ausdrücklich von diesen. Wir sehen uns als Partei, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Komponenten sinnvoll verbindet.

–Gärten, besonders Kleingärten in Vereinen sollen nicht anderen Interessen zum Opfer fallen. Grundstücke im Eigentum der Stadt dürfen nicht für die Bebauung geplant werden, wenn die Gartenvereine ihre Parzellen zu mehr als 80% verpachtet haben. Eine Änderung der Nutzungsart im Flächennutzungs-plan soll nur möglich sein, wenn die Verpachtung langfristig unter 80% sinkt. Die Gärten der bestehenden Vereine sollen im Flächennutzungsplan zur Dauernutzung ausgewiesen werden. Wir bestehen auf einen besonderen Schutz unserer Gartenvereine und deren Anlagen. Ansprüche von Bauwilligen aller Art dürfen nicht über unsere Interessen gestellt werden. Die Bedeutung unserer Anlagen für das Allgemeinwohl und das Stadtklima ist ausreichend zu berücksichtigen.

–Wir fordern eine Neuordnung und Bewertung der Arbeit nach Qualifikation, Erschwernis und Verantwortung. Arbeit ist sachlich zu bewerten und zu bezahlen. Weg mit Hartz 4, 1Euro-Job und kostenlose Praktika als Menschen erniedrigende Einrichtung.

–Arbeitslosengeld ist eine Leistung, die der Betroffene durch seine Beiträge erworben hat. Er muss sich für den Bezug nicht rechtfertigen. Im SGB sind Änderungen nötig, welche die Leistungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmer berücksichtigt.

–Der Staat hat Menschen mit Behinderung, Kranke, Rentner und Kinder zu versorgen. Diese Leistungen haben in angemessener Form zu erfolgen, damit sich kein Staatsbürger als Bettler vorkommt.

–Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist eine versteckte Rentenkürzung. Das Rentenalter soll mit 65 Jahren, bei Frauen (abzüglich 1 Jahr für jedes geborene Kind) möglich sein.

–Bundesweit ist ein einheitliches Bildungssystem einzuführen.

–Die arbeitenden Menschen schaffen den Wohlstand unserer Gesellschaft. Im Zeitalter der Technik, wo jeder von Amtswegen registriert ist, sollen die Bürger nicht mit unnötigen Verwaltungsakten belastet werden. Als Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst zu stehen, heißt denen zu helfen, von dessen Geld sie leben.

–Die Sicherheit unserer Bürger soll durch mehr Einsatz an Polizeikräften gewährleistet sein. Wir unterstützen die Forderungen der Polizeigewerkschaft.

–Die öffentlichen Kassen bedürfen einer sinnvollen Anwendung der Mittel. Es darf keine Neuverschuldung geben. Gelder, die nicht da sind, können auch nicht ausgegeben werden. Öffentlicher Haushalt heißt, haushalten!

–Eine optimale Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft erfordert eine gut funktionierende Infrastruktur. An dieser Stelle vergessen wir leider zu oft den ökologischen Aspekt der wachsenden Verkehrswege, der Siedlungsflächen und Müllberge. Eine leicht abnehmende Bevölkerungsdichte wird hier die notwendige Regulierung und Entlastung bringen. Im Gegenzug soll die Infrastruktur die Wirtschaft unterstützen, damit sie auch mit den verbleibenden Arbeitskräften eine gute Versorgung sichern kann.

–Das überholte deutsche Steuerrecht ist durch eine einfache Abgabenordnung zu ersetzen. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind zu verbessern.

–Wir fordern die Abschaffung der Magdeburger Umweltzone. Sie ist teilweise wirkungslos, da die Stadtautobahn und die Bahnlinie diese durchquert. Durch das Umfahren der Zone entsteht mehr Verkehr als nötig. Der vorherrschende Westwind treibt die zusätzlichen Abgase in die Stadt.

–Umweltfreundlich für eine Stadt handeln, bedeutet auch das absenken der Straßenbahnfahrpreise.

–Autos sind so schnell wie möglich aus dem Verkehr zu nehmen. Die Anzahl der Parkplätze ist zu verbessern. Weg mit den Parkuhren. Der Einzelhandel wird sich über kostenlose Parkmöglichkeiten in der Nähe freuen.

–Wir fordern eine Novellierung des Bundeskleingartengesetzes. Garten- und Laubengröße sind anzuheben. Das Bewohnen soll in den Vegetationszeiten und Zeiten der Bestellung und Ernte erlaubt werden. Damit werden unnötige Wege erspart und somit die Lebensqualität angehoben bei gleichzeitiger Vermeidung von Verkehrsbelastung.